

mit Schwerpunkt **Innovationen**

Die betriebliche Altersvorsorge setzt auf beitragsorientierte Modelle

Die betriebliche Altersvorsorge (bAV) in Europa fußt auf zwei unterschiedlichen Systemen. Sie ist leistungs- oder beitragsorientiert. In welche Richtung sich die bAV auf Sicht von fünf bis zehn Jahren entwickelt und welche Trends sich in diesem Markt abzeichnen, war Gegenstand einer Umfrage des ZEW im Auftrag der Allianz Global Investors AG. 216 Experten aus den sechs wichtigsten Altersversorgungsmärkten in Europa, Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Italien, der Schweiz und den Niederlanden, nahmen an der Befragung teil.

Bei der leistungsorientierten (defined benefit) bAV werden die zukünftigen Leistungen in Abhängigkeit von der Gehaltshöhe und der Anzahl der Arbeitsjahre sowie anderen Faktoren be-

Arbeitgeber belasten und in der beitragsorientierten bAV vom Arbeitnehmer getragen werden.

In den kommenden fünf Jahren werden in Europa beitragsorientierte bAV-

rechnung aus leistungs- und beitragsorientierten Modellen, in den Niederlanden auf dem Vormarsch.

Kalkulierbarkeit der Kosten

Die Kalkulierbarkeit der Kosten ist der Erhebung zufolge in den kommenden Jahren der wichtigste Grund für Arbeitgeber, die beitrags- der leistungsorientierten bAV vorzuziehen. Davon sind 85 Prozent der befragten Experten überzeugt. Weitere Gründe, weshalb Arbeitgeber künftig beitragsorientierte Modelle bevorzugen werden, sind den Experten zufolge die Deckungslücke bei bereits existierenden leistungsorientierten bAV-Programmen sowie die Reduzierung des Anlage- und Langlebigkeitsrisikos. Erst an fünfter Stelle nennen die Experten Kostensenkungsvorteile.

Gefragt nach den wichtigsten Hindernissen für die Entwicklung des beitragsorientierten bAV-Marktes geben



Viele Arbeitnehmer haben Schwierigkeiten, die Modelle der betrieblichen Altersvorsorge zu verstehen.

rechnet. Im beitragsorientierten (defined contribution) Modell hängen die Auszahlungen allein von den einbezahlten Beiträgen und der Kapitalmarktperformance ab. Der Hauptunterschied beider Modelle liegt darin, dass die Kapitalanlagerisiken bei der leistungsorientierten bAV die Bilanzen der

Produkte deutlich an Bedeutung gewinnen. Davon zeigen sich 88 Prozent der befragten Experten überzeugt. Eine Ausnahme stellen allerdings die Niederlande dar. Für den dortigen Markt gehen die Experten von der Koexistenz beider Modelle aus. Ebenso sehen sie hybride bAV-Produkte, also eine Mi-

IN DIESER AUSGABE

Die betriebliche Altersvorsorge setzt auf beitragsorientierte Modelle	1
Reform der Aufsichtsräte bei Banken	2
Wirtschaftsprüfung – Nachwuchs stabil	3
Gute Ideen für Umsetzung von Innovationen wichtiger als Finanzkraft	4
High-Tech-Gründer immer älter	5
Nachgefragt: Wie geht es weiter am deutschen Arbeitsmarkt?	6
Venture Capital-Investoren setzen auf Internationalisierung	7
ZEW und WISE organisieren Arbeitsmarktkonferenz in China	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

73 Prozent der Altersvorsorgeexperten den Mangel an finanzwirtschaftlicher Allgemeinbildung der Arbeitnehmer an. 60 Prozent verweisen auf eine unzureichende Beratung und 56 Prozent sehen eine zu geringe Nachfrage nach diesen Plänen von Seiten der Arbeitnehmer als Hemmschuh. Relativ unbedeutende Hürden sind für die Experten dagegen mangelnde steuerliche Anreize, zu hohe Partizipationskosten für die Arbeitnehmer sowie eine unpassende Regulierung.

Die Experten wurden ferner nach dem Einfluss der Finanzmarktkrise auf die Entwicklung der Altersvorsorgemärkte gefragt. Drei Fünftel glauben nicht, dass die nationalen Regierungen die bereits in Angriff genommenen Reformen zur Erhöhung der Kapitaldeckung von staatlichen Rentensystemen

rückgängig machen werden. Zwei Drittel sind jedoch davon überzeugt, dass der Wandel von leistungs- hin zu beitragsorientierten bAV-Lösungen durch die Finanzmarktkrise beschleunigt wird. Dies korrespondiert mit der Neigung der Arbeitgeber, die mit den bAV-Plänen verbundene Unsicherheit und die Risiken zu minieren.

Inflationsgeschützte Leibrenten bevorzugt

Vor dem Hintergrund, dass die Experten mit einer verstärkten Überwälzung des Anlagerisikos auf die Arbeitnehmer rechnen, erwarten sie auch, dass die Schutzmechanismen für die Arbeitnehmer – etwa Renditegarantien oder inflationsgeschützte Anlagestrategien – an Bedeutung gewinnen wer-

den. Schließlich wurden die Experten nach dem optimalen Auszahlungsmodus in der Verrentungsphase gefragt. 59 Prozent der Umfrageteilnehmer lehnen eine sofortige Auszahlung des angesammelten Kapitals beim Eintritt ins Rentenalter ab. Stattdessen bevorzugen sie inflationsgeschützte Leibrenten. Ebenso werden Mischprodukte befürwortet. Das sind Produkte, bei denen ein Teil des Kapitals als Einmalzahlung beziehungsweise in Form eines Entnahmeplans ausgezahlt und der Rest in Form einer Leibrente erstattet wird.

*** Den im Artikel genannten Prozentzahlen liegen die nach Ländern gewichteten Antworten der Experten zugrunde. Antworten aus jedem Land wurde ein Gewicht von 1/6 zugewiesen.

Wojtek Piaskowski, piaskowski@zew.de

Reform der Aufsichtsräte bei Banken

Die Aufsichtsräte der Banken hätten ihre Kontrollfunktion in den vergangenen Jahren schlecht erfüllt und tragen Mitschuld an der Finanzmarktkrise. Der Gesetzgeber sollte deshalb unbedingt die Aufsichtsratsstrukturen bei Banken verbessern. Vordringlich sollten höhere Anforderungen an die Qualifikation und Erfahrung von Aufsichtsräten gestellt, die Zahl der von einem Aufsichtsratsmitglied ausgeübten Mandate begrenzt und die Informationsrechte des Aufsichtsrats gegenüber dem Vorstand gestärkt werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des ZEW unter 222 Finanzmarktexperten.

Mit Blick auf die Finanzmarktkrise sieht sich vor allem das Topmanagement der Banken scharfer Kritik ausgesetzt. Weitaus weniger kritisiert wird dagegen die Rolle des Aufsichtsrats. Dabei ist es dessen vornehmste Pflicht, das Management zu überwachen und zu riskante Geschäftspraktiken zu verhindern. Diese Pflicht haben die Aufsichtsräte der Banken nach Ansicht von 88 Prozent der befragten Finanzmarktexperten vernachlässigt. Sie sind daher für die Finanzmarktkrise mitverantwortlich. Als Reaktion darauf sprechen sich neun von zehn Umfrageteilnehmern für deutliche Änderungen bei den Aufsichtsratsstrukturen der Banken aus.

Nach Ansicht der Experten sind höhere Anforderungen an die Qualifikation der Aufsichtsratsmitglieder der beste Weg, um die Kontrolle des Vorstands durch den Aufsichtsrat zu verbessern. Rund 94 Prozent halten eine solche Maßnahme für geeignet oder sogar sehr geeignet.

Mehr Erfahrung der Aufsichtsräte gefordert

Ein verstärktes Informationsrecht des Aufsichtsrats gegenüber dem Vorstand wird von 89 Prozent der Finanzexperten als geeignet bewertet, um die Kontrollfunktion zu verbessern. Darü-

ber hinaus sollte die Anzahl der Aufsichtsratsmandate, die von einem Aufsichtsratsmitglied ausgeübt werden dürfen, begrenzt und höhere Anforderungen an die Erfahrung der Aufsichtsratsmitglieder gestellt werden. Mehr als 80 Prozent der Experten befürworten diese Maßnahmen. Immerhin 71 Prozent der Befragten plädieren für eine gewisse zeitliche Sperrfrist beim Wechsel eines Vorstandsmitglieds in den Aufsichtsrat, um Interessenkonflikte zu vermeiden.

Deutlich skeptischer sind die befragten Finanzexperten bezüglich einer Begrenzung der Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrats. Eine erfolgsabhängige Entlohnung des Aufsichtsrats wird von der Mehrheit der Experten ebenfalls abgelehnt. Knapp 20 Prozent der Umfrageteilnehmer halten eine solche Maßnahme sogar für vollkommen ungeeignet, um die Kontrolle des Managements durch den Aufsichtsrat zu verbessern.

Matthias Köhler, koehler@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Wirtschaftsprüfung – Nachwuchs stabil

Die Anzahl der Absolventen an deutschen Hochschulen in wirtschaftswissenschaftlichen und rechtswissenschaftlichen Fächern bleibt in den kommenden zehn Jahren weitgehend stabil. Ein spürbarer Rückgang der Absolventen in diesen Studienbereichen ist frühestens ab dem Jahr 2019 zu erwarten. Durch die Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse könnten die Absolventenzahlen jedoch bereits ab dem Jahr 2017 sinken. Dies sind Ergebnisse einer Studie des ZEW, die im Auftrag der fünf größten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in Deutschland die Entwicklung der Studierenden- und Absolventenzahlen in wirtschaftsprüfungsnahen Studienfächern untersucht.

Aufgrund des demografischen Wandels zeichnet sich langfristig ein Akademikermangel in Deutschland ab. Um reagieren zu können, müssen Unternehmen wissen, wie sich die Anzahl der Hochschulabsolventen in den für sie relevanten Studienfächern entwickeln wird. Auf einen Horizont von zehn Jahren prognostiziert das ZEW diese Entwicklung für die wirtschaftsprüfungsnahen Studienfächer. Sie setzen sich zusammen aus Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaft, Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftsmathematik sowie Rechtswissenschaft und Wirtschaftsrecht.

Verfeinerte Prognosemethode

Um die Absolventenzahlen langfristig zu prognostizieren, verwendet das ZEW einen neuen Ansatz. Dabei wird die Entwicklung der Geburtenzahlen als Grundlage herangezogen. Die Veränderungen in den Schülerzahlen, Studienanfängerzahlen und damit auch Absolventenzahlen hängen ferner von den tatsächlich getroffenen Bildungs-

entscheidungen der Studierenden ab. Um diese einzubeziehen, werden aus der Statistik bekannte Erfahrungswerte zugrunde gelegt.

Jährlich über 40.000 Absolventen

Die Prognose zeigt, dass die Zahl der Studienanfänger in den wirtschaftsprüfungsnahen Studienfächern bis etwa zum Jahr 2014 auf einem hohen Niveau stagniert (Abbildung A). Ab 2011 ist ein leichter Anstieg der Zahl der Studienanfänger zu erwarten, der um das Jahr 2013 mit rund 90.000 Studienanfängern seinen Höhepunkt erreicht. Grund hierfür sind die doppelten Abiturjahrgänge, die sich aufgrund der Verkürzung des Besuchs eines Gymnasiums auf acht Jahre ergeben, und denen keine weiteren so stark besetzten Studienanfängerjahrgänge folgen. Die Anzahl der Graduierten liegt ab dem Jahr 2011 bis zum Jahr 2019 deutlich über 40.000 pro Jahr. Hier deutet sich der Rückgang erst zum Jahr 2019 an, der ebenfalls aus dem Durchlaufen der

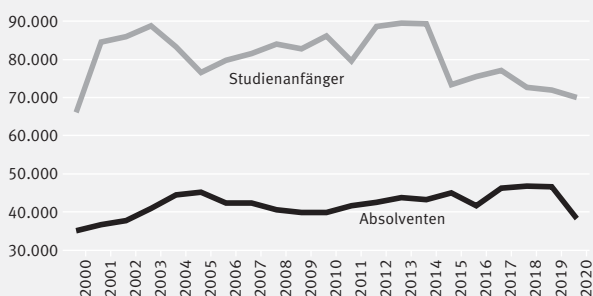
doppelten Abiturjahrgänge durch das Hochschulsystem folgt. Diese Prognose beruht auf einer durchschnittlichen Studiendauer von zehn Semestern.

Durch die Reform der Studienabschlüsse wird sich die durchschnittliche Dauer eines Studiums allerdings stark verringern. Würden die Studierenden mit dem Bachelor abschließen, betrüge ihre Studienzeit nur etwa sechs Semester. Sollten die Studenten zusätzlich einen Masterstudiengang belegen, pendelt sich die durchschnittliche Studiendauer wieder bei zehn Semestern ein.

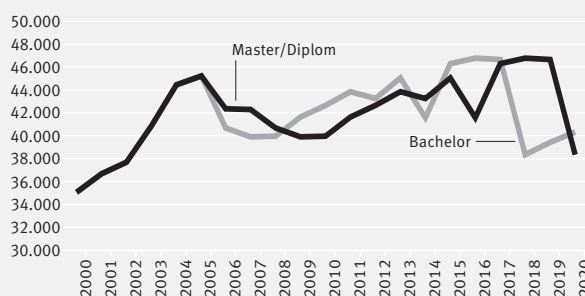
Ein zweites Szenario berücksichtigt diese Reform. Die Studiendauern von sechs und zehn Semestern wurden dabei als Unter- beziehungsweise Obergrenzen angenommen, in deren Rahmen sich die tatsächliche Studiendauer mit hoher Wahrscheinlichkeit bewegen wird. Abbildung B zeigt, dass das Szenario des sechssemestrigen Studiums eine Linksverschiebung gegenüber der Obergrenze darstellt. Dadurch nehmen die Absolventenzahlen bereits ab 2017 ab. Eine Variation der durchschnittlichen Studiendauer wirkt sich demnach hauptsächlich in einer zeitlichen Verschiebung der Schwankungen der Absolventenzahlen aus; Niveau und Höhe der Schwankungen bleiben davon unberührt.

Jan Fries, fries@zew.de
Grit Mühler, muehler@zew.de
Thomas Zwick, zwick@bwl.lmu.de

A: Entwicklung der Studienanfänger und Absolventen bei einer Studienzzeit von im Schnitt zehn Semestern



B: Absolventenentwicklung bei einer Studiendauer von sechs (Bachelor) und zehn Semestern (Master)



Quelle: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Studenten/Statistik der Prüfungen, 1997-2006, eigene Berechnungen.

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Gute Ideen für Umsetzung von Innovationen wichtiger als Finanzkraft

Häufig wird unterstellt, fehlende finanzielle Mittel würden Unternehmen in ihren Innovationsaktivitäten beschränken. Stünden ihnen nur finanzielle Mittel in größerem Umfang zur Verfügung, setzten die Betriebe unweigerlich vermehrt Innovationen um. Dass die bedeutendere Hürde für Innovationsprojekte jedoch nicht deren Finanzierung darstellt, sondern vor allem die Fähigkeit der Unternehmen restriktiv wirkt, überhaupt neue Ideen zu entwickeln und durchzusetzen, belegt eine Studie des ZEW.

Unternehmen können ihre Innovationsprojekte meistens nicht durch externe Quellen, etwa Bankkredite, finanzieren, da solche Projekte durch einen hohen Grad an Unsicherheit und Komplexität gekennzeichnet sind. Vielmehr sind sie bei der Finanzierung von Inno-

kation darin besteht, Unternehmen zusätzliche Mittel frei zur Verfügung zu stellen. Werden die zusätzlichen Mittel für Innovationsprojekte anstelle von anderen Verwendungsmöglichkeiten – wie Investitionen in Sachkapital, Bildung von Rücklagen, Ausschüttung an Eigen-



Foto: digitalstock

Kreative Mitarbeiter sind Voraussetzung für den Innovationserfolg.

vationen auf interne Mittel angewiesen, die jedoch ebenfalls nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen. Daraus jedoch automatisch zu schließen, dass Unternehmen mit geringen finanziellen Eigenmitteln in ihren Innovationsaktivitäten eingeschränkt sind und seitens der Politik gefördert werden sollten, wäre nicht richtig.

Die Studie des ZEW (Discussion Paper Nr. 09-081) wählt einen neuen Ansatz, Unternehmen mit Finanzierungsrestriktionen zu identifizieren. Er basiert auf einem Vorschlag von Bronwyn Hall (University of California Berkeley, 2008), demzufolge ein idealer Test zur Identifi-

tierer oder die Rückzahlung von Schulden – eingesetzt, kann daraus geschlossen werden, dass das Unternehmen bisher aufgrund mangelnder Finanzierung Innovationsprojekte nicht durchführen konnte. Dieser Überlegung folgend, wertet die Studie Informationen des Mannheimer Innovationspanels (MIP) aus dem Jahre 2007 aus. 2.468 Industrieunternehmen in Deutschland wurden befragt, wie sie zusätzliche, quasi „geschenkte“ Finanzmittel in Höhe von zehn Prozent ihres letztjährigen Umsatzes einsetzen würden.

Es zeigt sich, dass nur knapp zwei Prozent der befragten Unternehmen

die freien Mittel vollständig für Innovationsprojekte ausgeben würden. Weitere 34 Prozent würden sie zumindest teilweise für Innovationen verwenden. Fast 70 Prozent der Unternehmen würden dagegen mit dem Geld zumindest teilweise Investitionen tätigen. Jeweils 44 Prozent würden es vorziehen, Teile des Geldes auszuschütten beziehungsweise Schulden damit zu bedienen. Weitere 21 Prozent würden Rücklagen bilden. Dies macht deutlich, dass viele Unternehmen offenbar gar keine zusätzlichen Mittel für Innovationen benötigen und Innovationen bei ihnen nicht an Finanzierungsproblemen scheitern.

Hohe Innovationshürden

Finanziellen Restriktionen, so belegt die ökonomische Analyse, unterliegen vor allem Unternehmen mit einer hohen Innovationskapazität. Als Innovationskapazität wird die Fähigkeit eines Unternehmens verstanden, überhaupt neue Ideen für Innovationen zu entwickeln und diese umzusetzen.

Um die Innovationskapazität zu messen, berücksichtigt die Analyse beispielsweise den Anteil Hochqualifizierter im Unternehmen, den Anteil derjenigen, die in Forschungs- und Entwicklung arbeiten, die Mittel, die ein Unternehmen für die Weiterqualifizierung der Beschäftigten aufwendet sowie den Innovationserfolg in der Vergangenheit.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass sich zwar vor allem Unternehmen mit einer hohen Innovationskapazität und geringen Eigenmitteln besonders hohen Innovationshürden gegenüber sehen; gleichwohl sind auch Unternehmen mit hoher Innovationskapazität und einer hohen Ausstattung an Eigenmitteln in ihren Innovationsaktivitäten eingeschränkt.

Dr. Bettina Peters, b.peters@zew.de

FORSCHUNGSERGEBNISSE

High-Tech-Gründer immer älter

Während das Durchschnittsalter von Unternehmensgründern im High-Tech-Sektor 1995 noch bei 37,2 Jahren lag, ist es bis zum Jahr 2008 bereits auf 40,8 Jahre gestiegen. Dies zeigt die aktuelle Studie „High-Tech-Gründungen in Deutschland“, die das ZEW in Zusammenarbeit mit Microsoft Deutschland jährlich erarbeitet.

Aktuell sind weniger als 25 Prozent der Gründer im Hochtechnologiebereich jünger als 32 Jahre. Damit muss das Bild des typischerweise jungen High-Tech-Gründers, der direkt nach dem Studium oder aus der Hochschule heraus gründet, revidiert werden. Die Studie zeigt zwar, dass die Gründungsneigung bei Älteren steigt. Allerdings kann diese Entwicklung den Abwärtstrend bei High-Tech-Gründungen in Deutschland langfristig nicht aufhalten. Zwischen 1995 und 2008 ging die Gründungstätigkeit in den High-Tech-Sektoren bereits um 25 Prozent zurück. Sollte sich an den Rahmenbedingungen für Gründer in Deutschland nichts ändern, nimmt die Zahl der Unternehmensgründungen allein aufgrund des demografischen Wandels weiter kontinuierlich ab und wird voraussichtlich bis zum Jahr 2030 um zehn, bis zum Jahr 2050 um 20 Prozent sinken.

Viele Gemeinsamkeiten

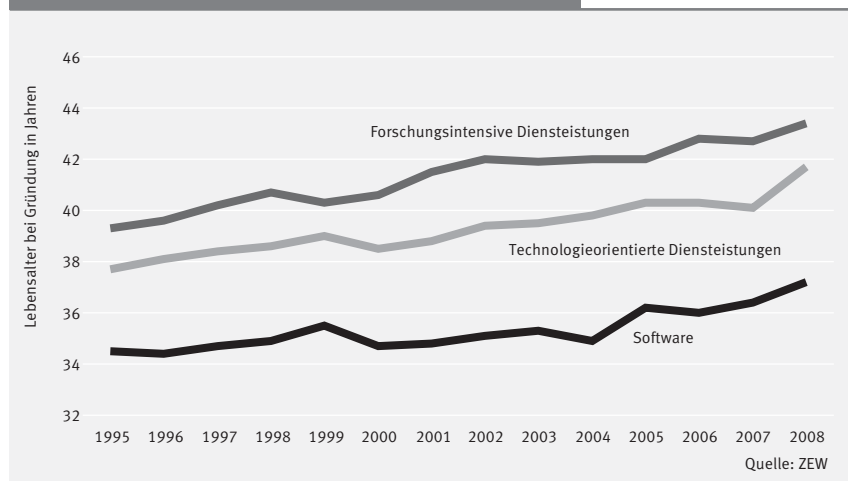
Neben der Altersstruktur standen die Charakteristika von High-Tech-Gründern in verschiedenen Altersgruppen im Fokus der aktuellen Untersuchung sowie die Rückschlüsse, die sich daraus für die Verbesserung der Rahmenbe-

dingungen für innovative Unternehmensgründungen ziehen lassen. Es zeigt sich, dass die Gründer altersübergreifend viele Gemeinsamkeiten aufweisen, etwa hinsichtlich ihrer Grün-

forschungsintensiven Industrie. Ältere Gründer verfügen in der Regel auch über mehr Eigenkapital und wählen Rechtsformen mit beschränkter Haftung wie die GmbH; junge Gründer bevorzugen dagegen kostengünstiger zu gründende Rechtsformen und setzen auf flexible Beschäftigungsmodelle.

Die Untersuchungsergebnisse machen deutlich, dass die Einführung von

Entwicklung des Gründeralters im High-Tech-Sektor



dingungsmotivation, ihrer Forschungstätigkeit, dem Innovationsgrad ihrer Produkte und der hauptsächlichen Finanzierungsquellen.

Unterschiede ergeben sich beispielsweise bei den präferierten Sektoren: Während junge Gründer häufiger Software- und IT-Start-Ups gründen, finden sich ältere Gründer eher in der

Start-Up-Förderprogrammen, die vorrangig altersbezogen fördern, nicht zielführend wäre. Die Differenzen zwischen den Alterskohorten sind dafür nicht signifikant genug. Stattdessen sollte die Politik die Rahmenbedingungen für High-Tech-Gründer in Deutschland insgesamt verbessern, so dass das Gründerpotenzial bei Älteren, Frauen und Akademikern besser ausgeschöpft werden kann.

Seit dem Jahr 2006 untersucht das ZEW in Kooperation mit Microsoft Deutschland ausgewählte Aspekte des Gründungsgeschehens im High-Tech-Sektor in Deutschland. Die Ergebnisse werden jährlich in der Studienreihe „High-Tech-Gründungen in Deutschland“ veröffentlicht.

Die Studienreihe finden Sie im Internet auf der Gründungsplattform des ZEW unter: www.zew.de/gruendungen

Dr. Georg Metzger, metzger@zew.de

Der **High-Tech-Sektor** besteht aus den Bereichen forschungsintensive Industrie und technologieorientierte Dienstleistungen. Die forschungsintensive Industrie fasst Wirtschaftszweige zusammen, in denen durchschnittlich mindestens 3,5 Prozent der kumulierten Umsätze für Forschung und Entwicklung (FuE) ausgegeben werden. Dazu zählt etwa Maschinenbau, Elektrotechnik oder Medizintechnik. Unter den technologieorientierten Dienstleistungen sind Unternehmen zu verstehen, deren Dienstleistungsangebot technologisch anspruchsvolle Tätigkeiten umfasst, wie etwa Fernmeldedienste, Datenverarbeitungsdienste, Unternehmen, die FuE-Leistungen anbieten, Architektur- oder Ingenieurbüros oder technische Labore. Der Softwaresektor ist zwar Teil der technologieorientierten Dienstleistungen, er wird jedoch aufgrund seines hohen Stellenwerts in der digitalen Welt separat betrachtet.

Nachgefragt: Wie geht es weiter am deutschen Arbeitsmarkt?

Kein Ende des Fachkräftemangels

Zwar ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Deutschland im vergangenen Jahr um etwa 160.000 Personen gestiegen, der erwartete drastische Anstieg der Arbeitslosigkeit in Folge der schweren Wirtschaftskrise ist allerdings ausgeblieben. Im Ausland wird diese günstige Entwicklung des deutschen Arbeitsmarkts in der Krise häufig als „German Wunder“ bezeichnet. Dabei hat weniger ein Wunder, sondern vor allem das stark genutzte Instrument der Kurzarbeit einen sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert. Dr. Holger Bonin, Leiter des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ am ZEW, bewertet dieses Instrument der Arbeitsmarktpolitik und gibt einen Ausblick auf die Beschäftigungsentwicklung im Jahr 2010.

In der aktuellen Krise nutzen viele Betriebe das Instrument der Kurzarbeit, um trotz Auftragseinbrüchen und gedrosselter Produktion die Beschäftigung zu stabilisieren. Ist Kurzarbeit anstelle von Entlassungen die intelligentere Strategie, um Wirtschaftskrisen zu überstehen?

Von der derzeitigen Krise sind insbesondere Exportunternehmen betroffen, die private Konsumnachfrage ist dagegen noch relativ stabil. Die Wirtschaftskrise trifft darum Unternehmen mit überdurchschnittlich gut ausgebildeten Arbeitskräften besonders hart. Für diese Betriebe ist Kurzarbeit attraktiv, denn sie wollen ihre Fachkräfte halten. Bei Entlassungen ginge zu viel firmenspezifisches Wissen verloren. Darüber hinaus wäre es für sie im nächsten Aufschwung schwierig, erneut gute Fachleute zu finden.

Für das Jahr 2010 ist weiterhin von einer eher schwachen Industrieproduktion auszugehen. Wenn die Unternehmen ihre Kapazitäten nicht voll auslasten können, wird Kurzarbeit über kurz oder lang für die Unternehmen zu teuer, Entlassungen drohen. Wird die Arbeitslosigkeit in 2010 drastisch steigen?

Man sollte nicht zu schwarz malen. Es gibt durchaus Anzeichen, dass die Wirtschaft im Jahr 2010 wieder spürbar anziehen wird. Darum gehen fast alle Prognosen davon aus, dass die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt die Marke von vier Millionen nicht deutlich übersteigen wird. Aber natürlich bleibt

2010 ein schwieriges Jahr für den Arbeitsmarkt. Wo die Finanzkrise vorhandene strukturelle Schwächen offenlegt, werden Arbeitsplätze verloren gehen. Sicher werden auch einige der jetzigen Kurzarbeiter ihren Job verlieren.

Entwickelt sich die Jugendarbeitslosigkeit in der aktuellen Krise ähnlich wie die Arbeitslosigkeit insgesamt?

Nein. Es sieht so aus, als ob die Jugendlichen von der Krise besonders betroffen sind. Vor allem bei den Männern unter 25 Jahren in Westdeutschland ist die Arbeitslosigkeit deutlich schneller gestiegen als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Offenbar halten sich jetzt viele Betriebe, die bereits erhebliche Mittel aufwenden müssen, um ihre Stammbesatzung zu halten, mit Übernahmangeboten für Auszubildende zurück.

Der Sachverständigenrat prognostiziert für das Jahr 2010 ein Wirtschaftswachstum von 1,6 Prozent. Reicht das aus, um neue Jobs zu schaffen?

Eines der wichtigen Resultate der Arbeitsmarktreflexionen der letzten Jahre ist, dass die Beschäftigungsschwelle in Deutschland gesunken ist. Um Arbeitsplätze zu schaffen, brauchen wir heute weniger Wachstum als noch vor wenigen Jahren. Das ist ein Erfolg der Hartz-Reformen, die den Arbeitsmarkt flexibler gemacht haben. Die Konzessionsbereitschaft der Arbeitnehmer ist gestiegen. Dies trägt dazu bei, dass sich der deutsche Arbeitsmarkt, auch bei der für das Jahr 2010 erwarteten moderaten Wachstumsrate vermutlich als relativ stabil erweisen dürfte.

Vor dem Ausbruch der Krise klagten viele Unternehmen über einen Mangel an Fachkräften. Gibt es den Fachkräftemangel auch weiterhin oder hat sich aufgrund der ungünstigen Konjunktursituation dieses Problem erledigt?

Nein, die strukturellen Schwächen im Bildungssystem, die zum Fachkräftemangel beitragen, sind durch die Finanzkrise nicht verschwunden. Und auch die demografische Entwicklung bleibt nicht stehen. Darum dürfte der Ruf nach Facharbeitern, wenn sich die Konjunkturlage weiter aufhellt, hierzulande bald wieder laut werden.

Dr. Holger Bonin, bonin@zew.de



Foto: ZEW

Dr. Holger Bonin promovierte nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre im Jahr 2000 an der Universität Freiburg. Nach Tätigkeiten am Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) und am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist Bonin seit dem Jahr 2007 Leiter des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ am ZEW. Bonin untersucht unter anderem die Beschäftigungsprobleme von Geringqualifizierten, die Flexibilität von Löhnen, die ökonomischen Folgen von gesellschaftlicher Alterung und Migration sowie die Risikobereitschaft von Arbeitnehmern.

Venture Capital-Investoren setzen auf Internationalisierung

Obwohl Venture Capital (VC) als lokal oder national orientiert gilt, beteiligen sich an mehr als einem Drittel weltweiter VC-Transaktionen ausländische Investoren. Dieser Beitrag erläutert die Hintergründe und Muster der Internationalisierung.

Fällt der Begriff Venture Capital, stellt man sich häufig Investoren vor, die in räumlicher Nähe zu ihrem Unternehmenssitz operieren, wie etwa im Silicon Valley, das oft als Motor der globalen High-Tech-Ökonomie bezeichnet wird.

VC-Geber sind äußerst aktive Investoren. Sie prüfen bei der Auswahl ihrer künftigen Portfolio-Unternehmen jedes Detail. Darüber hinaus stehen sie ihren Unternehmen bei strategischen, personellen oder finanziellen Entscheidungen zur Seite. Ferner analysieren sie regelmäßig, ob sich das Unternehmen wie von ihnen gewünscht entwickelt. Aufgrund dieses Geschäftskonzepts und weil es die In-

vestoren hier typischerweise mit sehr jungen, risikobehafteten und intransparenten Unternehmen zu tun haben, ist regionale Nähe von Vorteil.

Ein Drittel aller Transaktionen ist international

Tatsächlich investieren VC-Geber in hohem Maße in ihrem regionalen Umfeld oder zumindest im eigenen Land. Jedoch waren in den Jahren 2000 bis 2008 weltweit ausländische Investoren an mehr als einem Drittel aller VC-Transaktionen beteiligt. Dabei handelte es sich keineswegs um eine Handvoll großer globaler Investoren. Im Gegen-

teil, rund 30 Prozent aller VC-Investoren haben in den vergangenen neun Jahren im Ausland investiert.

Das Ausmaß der Internationalisierung variiert stark von Land zu Land (siehe Tabelle). Während Deutschland mit rund 390 internationalen und 620 nationalen Transaktionen dem weltweiten Durchschnitt in etwa entspricht, liegt die Internationalisierungsquote in Ländern wie etwa China sehr viel höher (270 ausländische, 84 nationale Transaktionen). Dagegen weisen die Vereinigten Staaten eine Internationalisierungsquote von lediglich 23 Prozent auf.

Meist werden VC-Transaktionen von einem Syndikat durchgeführt. Hierbei schließen sich mehrere Investoren zusammen. Wird jede Verbindung zwischen einem VC-Syndikatsmitglied und

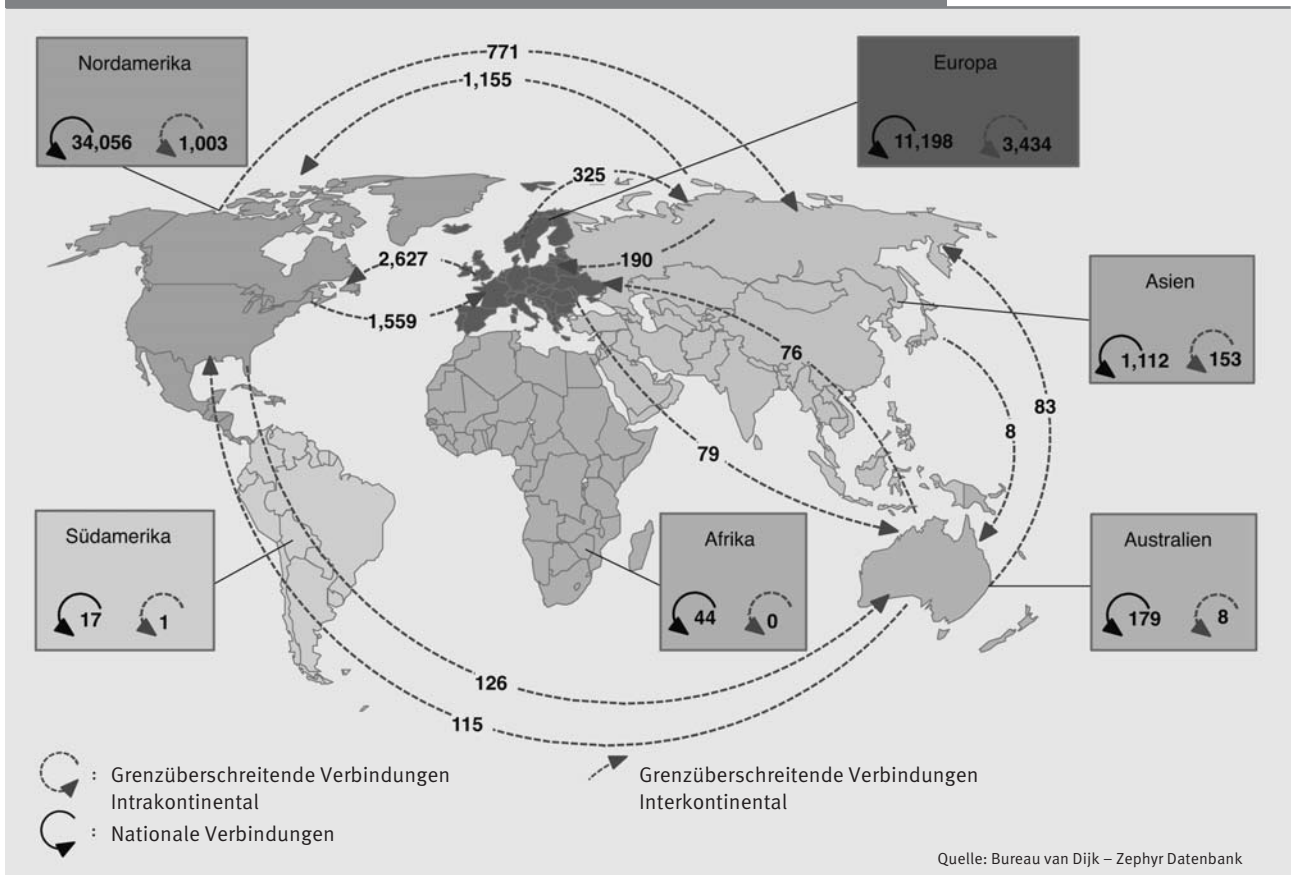
Venture Capital Transaktionen 2000 bis 2008 für ausgewählte Länder

Land	Ausländische Transaktionen	Nationale Transaktionen	Land	Ausländische Transaktionen	Nationale Transaktionen
Australien	201	92	Niederlande	146	187
Brasilien	12	10	Neuseeland	9	20
Bulgarien	10	2	Norwegen	77	80
China	270	84	Österreich	44	45
Dänemark	107	112	Polen	24	13
Deutschland	390	620	Portugal	26	21
Estland	6	3	Russland	38	19
Finnland	111	162	Saudi Arabien	0	2
Frankreich	503	1.140	Schweden	244	380
Indien	184	75	Schweiz	115	39
Irland	129	84	Singapur	32	8
Israel	298	198	Spanien	117	489
Italien	155	124	Tschech. Rep.	7	3
Japan	28	24	Türkei	7	8
Kanada	387	686	Ungarn	10	6
Litauen	7	5	Vereinigtes Königreich	1.214	1.540
Malaysia	8	8	Vereinigte Staaten	2.854	9.370

Ausländische Transaktionen sind Transaktionen, an denen mindestens ein ausländischer VC-Investor beteiligt ist. Nationale Transaktionen sind Transaktionen, an denen ausschließlich nationale VC-Investoren beteiligt sind.
Quelle: Bureau van Dijk – Zephyr Datenbank

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

Verbindungen zwischen VC-Investoren und ihren Portfoliounternehmen (2000 bis 2008)



dem Unternehmen einzeln gezählt, so entsprechen die insgesamt 23.826 Transaktionen im Zeitraum 2000 bis 2008 insgesamt 58.377 Verbindungen. Meist handelt es sich um nationale Verbindungen zwischen nordamerikanischen VC-Gebern und nordamerikanischen Unternehmen (siehe Abbildung). Auch in Europa sind nationale Kontakte verhältnismäßig stark. Jedoch gibt es ebenfalls zahlreiche Transaktionen über Länder- und Kontinentsgrenzen hinweg. So investierten zum Beispiel europäische VC-Geber in über 2.600 Fällen auf dem nordamerikanischen Kontinent.

Warum investieren VC-Geber in entfernten Ländern, wenn es für sie mit weitaus höheren Kosten verbunden ist? Offensichtlich bringen ihnen diese Investitionen Vorteile, die die Kosten überkompensieren. In vielen Ländern entstehen interessante Investitionsmöglichkeiten, die von den lokalen In-

vestoren nicht wahrgenommen werden. So verhält es sich etwa mit China, dessen lokale VC-Branche noch wenig entwickelt ist. Darüber hinaus mildert eine Aufteilung des Portfolios auf mehrere Länder das Risiko des VC-Gebers, weil er dadurch besser diversifiziert ist.

Kooperationen mit Partnern vor Ort

Wichtige Faktoren, die die Internationalisierung der VC-Branche antreiben, sind etwa das Wirtschaftswachstum, die Entwicklung der Kapitalmärkte, die Innovationsfähigkeit, das fiskalische und regulatorische Umfeld sowie das Humankapital eines Landes. So ziehen beispielsweise Länder mit einem hohen erwarteten Wirtschaftswachstum und hoher Innovationsfähigkeit, in denen erfolgversprechende Investitionsmöglichkeiten zu erwarten sind, VC-Investitionen sowohl inländischer als auch ausländischer VC-Geber

an. Ferner nutzen Investoren VC-spezifische fiskalische und regulatorische Differenzen zwischen Ländern.

Die Nachteile, die einem ausländischen Investor aufgrund kostspieliger Informationsbeschaffung entstehen, können durch Kooperationen mit lokalen Investoren reduziert werden. So ist zu beobachten, dass in fast 60 Prozent aller grenzüberschreitenden Transaktionen ausländische Investoren mit lokalen Investoren syndizieren. Neben den Vorteilen für den ausländischen Investor, der auf das lokale Wissen des Partners vor Ort setzen kann, sind solche Kooperationen auch für den lokalen Investor und für das Zielunternehmen von Nutzen. Der ausländische Investor kann dem Unternehmen einen Zugang zu ausländischen Produkt- und Kapitalmärkten erleichtern. Auf eine erfolgreiche Kooperation zwischen VC-Gebern folgen meist weitere Kooperationen.

Dr. Tereza Tykrová, tykrova@zew.de

KONFERENZEN

ZEW und WISE organisieren Arbeitsmarktkonferenz in China

Vom 12. bis 13. Dezember 2009 veranstaltete das Wang Yanan Institute for Studies in Economics (WISE) gemeinsam mit dem ZEW das 2009 International Symposium on Contemporary Labor Economics (LABOR 2009) in Xiamen, China. Rund 50 Arbeitsmarktforscher und -forscherinnen aus Asien, Afrika, Europa und den Vereinigten Staaten kamen in der südchinesischen Hafenstadt zusammen, um über Fragen der Arbeitsmarktdynamik und der Armutsbekämpfung zu diskutieren.

Der Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ am ZEW beteiligte sich erstmals an der Organisation dieser seit 2006 jährlich stattfindenden Konferenz, die sich rasch zu einem der wichtigsten Foren der Arbeitsmarktforschung im asiatischen Raum entwickelt hat. „Ich freue mich, dass die Kooperation zwischen WISE und ZEW, die mit gegenseitigen Besuchen begonnen wurde, nun auch nach außen in einer gemeinsamen Konferenz sichtbar wird,“ erklärte WISE-Direktor Hong Yongmiao zum Auftakt.

Renommierte Keynote Speaker

Für das Symposium konnten mehrere renommierte Keynote Speaker gewonnen werden. James Albrecht, Georgetown University, sprach über ökonomische Verfahren, mit denen sich die Unterschiede zwischen den beobachteten Verteilungen von Variablen – etwa die Lohnverteilungen von Frauen und Männern – zerlegen lassen. Er befasste sich insbesondere mit den Entwicklungen auf dem Feld der Machado-Mata-Methode. Dieses Verfahren dient dazu festzustellen, zu welchen Teilen Unterschiede von Verteilungen auf Unterschiede in den beobachtbaren Merkmalen – etwa dem Bildungsgrad – oder auf Unterschiede in der Wirkung dieser Merkmale auf das Ergebnis – etwa der Ertragsrate des Humankapitals – zurückzuführen sind.

Der Vortrag von David Neumark, University of California at Irvine, befasste sich mit der Rolle von Netzwerken beim Zustandekommen von Arbeitsverhält-

nissen. Im Zentrum seiner Analyse stand die räumliche Nähe der Wohnorte der Belegschaft von Unternehmen. Neumark zeigte anhand von räumlich gegliederten, verbundenen Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Daten für die Vereinigten Staaten, dass die Beschäftigten eines Unternehmens öfter aus derselben Nachbarschaft stammen, als dies bei einer Zufallsauswahl der Beschäftigten aus der relevanten Arbeitsmarkt-



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der LABOR 2009.

tion der Fall wäre. Dieser von der Nachbarschaft ausgehende Netzwerkeffekt zeigt sich insbesondere bei Minderheiten und Geringqualifizierten.

Susan Vroman von der Georgetown University widmete sich der Anwendung der Suchtheorie auf Volkswirtschaften, in denen der informelle Sektor eine bedeutende Rolle spielt. Sie zeigte, dass von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die nur auf den regulären Sektor wirken, bedeutsame Nebenwirkungen auf den informellen Sektor ausgehen können. Diese Effekte

können sich in veränderten Beschäftigungs- und Wertschöpfungsanteilen beider Sektoren, einer veränderten Arbeitskräftestruktur in den Sektoren, und in veränderten Löhnen niederschlagen. Damit können von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, selbst wenn diese nur einen Teil des Arbeitsmarkts direkt erreichen, bedeutsame Verteilungseffekte ausgehen.

Beginn intensiver Kooperation

WISE wurde im Jahr 2005 mit dem Ziel gegründet, die führende Stellung der Xiamen Universität auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre in China auszubauen. Hauptschwerpunkte seiner

Arbeit sind die Ökonometrie sowie die Finanzmarkt- und Arbeitsmarktforschung. Das WISE-Personal ist überwiegend im Ausland ausgebildet. Die assoziierten Professoren besitzen Lehrstühle an renommierten nordamerikanischen Fakultäten.

Die Kooperation mit den chinesischen Partnern der Xiamen Universität wird weiter intensiviert werden. Die Planungen für das zweite gemeinsame Arbeitsmarkt-Symposium, LABOR 2010, sind bereits angelaufen.

Dr. Holger Bonin, bonin@zew.de

ZEW INTERN

■ ZEW-Studie mit Best-Conference-Paper-Award 2010 prämiert



Felix Schindler teilt sich mit seinen Ko-Autoren den Best-Conference-Paper-Award 2010.

Die zu großen Teilen am ZEW entstandene Studie „Testing the Predictability and Efficiency of Securitized Real Estate Markets“ (ZEW Discussion Paper Nr. 09-054) wurde mit dem Best-Conference-Paper-Award 2010 der Pacific Rim Real Estate Society ausgezeichnet. Die Autoren des Papers, Felix Schindler vom ZEW sowie Nico Rottke und Roland Füss, beide von der European Business School (EBS), nahmen die Auszeichnung im Rahmen der Pacific Rim Real Estate Society Conference 2010 in Wellington, Neuseeland, entgegen. Ihr prämiertes Paper be-

fasst sich mit der Informationseffizienz an den internationalen Immobilienaktienmärkten. Es zeigt, dass die Hypothese effizienter Märkte in ihrer schwachen Form über den Untersuchungszeitraum von Januar 1990 bis Dezember 2006 durch statistische Testverfahren mehrheitlich abgelehnt wird. Des Weiteren gelingt es unter Berücksichtigung von Transaktionskosten, für zehn der 14 untersuchten nationalen Immobilienaktienmärkte durch einfache Handelsstrategien gegenüber einer Buy-and-Hold-Strategie Überrenditen zu erzielen.

TERMINE

■ Platform Markets: Regulation and Competition Policy

Vom 31. Mai bis 2. Juni 2010 richtet das ZEW gemeinsam mit dem Mannheim Centre for Competition and Innovation der Universität Mannheim (MaCCI) eine Konferenz zum Thema „Platform Markets: Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“ aus. Die englischsprachige Konferenz soll den Austausch zwischen Wissenschaftlern und Praktikern im Bereich sogenannter mehrseitiger Märkte fördern. Diskutiert werden Fragestellungen etwa zu Preisdifferenzierung und dynamischen Preisstrategien, zu Marktsegmentierung, Netzwerkexternalitäten und -standards sowie zu E-Commerce, Online-Auktionen, und Open-Source-Entwicklung. Ferner werden Märkte für Werbung und Online-Content untersucht sowie Fragen zu Zahlungssystemen und Software aufgegriffen. Näherer Informationen im Internet unter: www.zew.de/veranstaltung1149

EXPERTENSEMINARE

- 02.03.2010 Digitale Literatur und Urheberrecht: Neue Urheberrechte kennen – Rechtsstreit vermeiden
- 04.03.2010 Konjunkturanalyse für Praktiker: Methoden, Nutzen und Grenzen – Methoden zur Konjunkturanalyse verstehen und anwenden
- 15.03.2010 Basistechniken I – Regressionsanalyse
- 16.03.2010 Basistechniken II – Zeitreihenmodelle
- 16.03.2010 Verrechnungspreise in Krisenzeiten: Chancen und Risiken während und nach der Krise
- 18.03.2010 Risikomanagement und Risikomessung für das Portfoliomanagement: Methodische Grundlagen und Standardverfahren
- 19.03.2010 Risikomanagement und Risikomessung für das Portfoliomanagement: Methodische Erweiterungen
- 29.03.2010 Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen I, Zürich
- 30.03.2010 Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen II, Zürich
- 31.03.2010 Zürcher ZEW Qualifizierungsprogramm: Modellierung von Zinsen und Aktienkursen III, Zürich

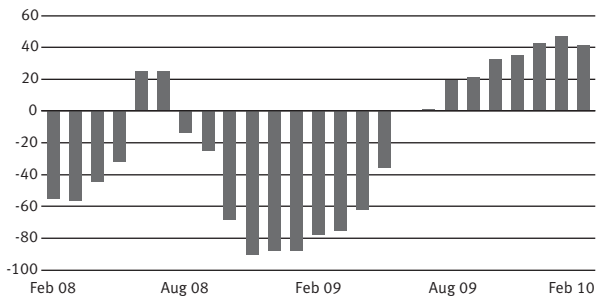
ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/weiterbildung
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

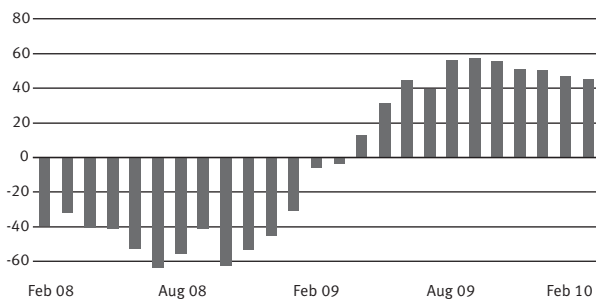
- Nr. 10-009, Bertrand Koebel, Francois Laisney: The Aggregate Le Chatelier Samuelson Principle with Cournot Competition.
- Nr. 10-008, Holger Stichnoth: Does Immigration Weaken Natives' Support for the Welfare State? Evidence from Germany.
- Nr. 10-007, Cahit Guven, Claudia Senik, Holger Stichnoth: You Can't Be Happier than Your Wife: Happiness Gaps and Divorce.
- Nr. 10-006, Astrid Dannenberg, Thomas Riechmann, Bodo Sturm, Carsten Vogt: Stability and Explanatory Power of Inequality Aversion – An Investigation of the House Money Effect.
- Nr. 10-005, Torben Klarl: Spatial Model Selection and Spatial Knowledge Spillovers: A Regional View of Germany.
- Nr. 10-004, Felix Schindler: Further Evidence on the (In-) Efficiency of the U.S. Housing Market.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Februar 2010



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zinserhöhung weniger wahrscheinlich

Im Februar erwarten erstmals wieder weniger Experten eine Zinserhöhung. Nachdem im Januar noch 48 Prozent der Befragten mit einem Zinsschritt nach oben gerechnet haben, sind dies im Februar 41,6 Prozent. Ein Risiko dürften die befragten Experten in der hohen Staatsverschuldung Griechenlands sehen. Dementsprechend stufen sie die Konjunkturrisiken für die Eurozone höher ein. Dagegen schätzen sie die Inflationsrisiken geringer ein. Vor diesem Hintergrund erscheint es plausibel, dass die EZB mit weiteren Zinserhöhungen warten wird.

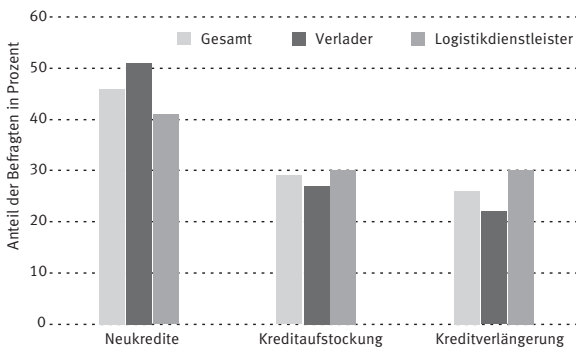
Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Euroraum: Höhere Konjunkturrisiken

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im Februar um 6,2 Punkte auf 40,2 Punkte gefallen. Dies signalisiert eine Zunahme der konjunkturellen Risiken. In der aktuellen Umfrageperiode war die hohe Staatsverschuldung Griechenlands ein beherrschendes Thema. Zwar haben die EU-Länder inzwischen ein Garantieverprechen gegeben, um einen möglichen Bankrott des Landes finanziell aufzufangen. Die strukturellen Probleme Griechenlands nicht jedoch nicht gelöst und entsprechend stiegen die Risikoaufschläge für Anleihen aus Griechenland.

Sandra Schmidt, schmidt@zew.de

Kreditklemme in der Transportwirtschaft

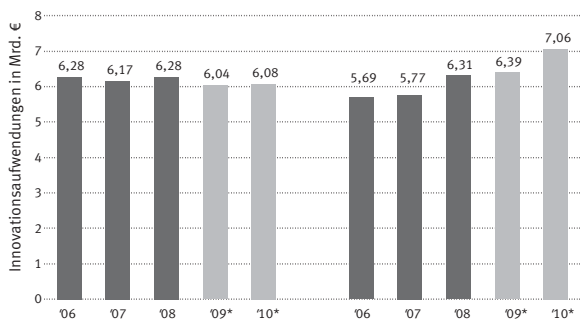


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW spüren mehrheitlich eine Kreditklemme in der Transportwirtschaft. Dies zeigt die aktuelle Sonderumfrage vom vierten Quartal 2009. Vor allem bei der Vergabe neuer Kredite scheint sich die Kreditkrise auszuwirken: Knapp die Hälfte der Umfrageteilnehmer (46 Prozent) sieht hierbei Schwierigkeiten, wobei Vertreter aus der Verladerschaft (51 Prozent) stärker betroffen zu sein scheinen als Logistikunternehmen (41 Prozent). Ferner identifizieren 29 Prozent Probleme hinsichtlich der Aufstockung und 26 Prozent hinsichtlich der Verlängerung von bestehenden Krediten.

Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de

Pharma überholt Chemie bei Innovationsaufwendungen



* Plandaten vom Frühjahr/Sommer 2009

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Hersteller von pharmazeutischen Produkten haben 2008 erstmals mehr Geld für die Entwicklung und Einführung neuer Produkte und Prozesse ausgegeben als die Hersteller von Chemikalien und Chemiewaren. Die Planzahlen für 2009 und 2010 zeigen, dass die Pharmaindustrie ihre Innovationsaufwendungen weiter steigern wird. Sie wird 2010 erstmals mehr als sieben Milliarden Euro für Forschung, die Einführung neuer Produkte und Verfahrensverbesserungen aufwenden. In der Chemieindustrie ist dagegen für 2009 mit einem leichten Rückgang und für 2010 mit stabilen Innovationsbudgets zu rechnen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Verfallsdatum 2010?

Wir befinden uns im Zieljahr der Agenda 2010, die der damalige Bundeskanzler Schröder in seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003 verkündete. Sie enthielt eine beeindruckende Liste von Reformideen, welche

dann mit einem bemerkenswerten Tempo auf den Weg gebracht wurden. Der Reformstau in Deutschland, den der seinerzeitige Bundespräsident Herzog in der bekannten Berliner Rede 1997 („Ruck-Rede“) beklagt hatte, begann sich aufzulösen. Eine kaum für möglich gehaltene Welle von Reformen am Arbeitsmarkt, an den Systemen der Sozialen Sicherung und der Unternehmensbesteuerung veränderte die ökonomischen Rahmenbedingungen hin zu mehr Marktwirtschaft.

Dies alles tönt heute wie aus einer anderen Welt. Die Agenda 2010 und die Reformen werden Stück für Stück demontiert oder zumindest in Frage gestellt und einige frühere Verfechter der Agenda 2010 zeigen sich bei diesem Thema peinlich berührt. Mehr Staat, mehr Regulierung, mehr Umverteilung lautet nun das Credo. Steht 2010 mithin für das Verfallsdatum der Agenda 2010?

Die Agenda 2010 beinhaltete weniger ein detailliert ausgearbeitetes Drehbuch konkreter Reformschritte, sondern bedeutete eher eine Chiffre für einen grundlegenden Politikwechsel der seinerzeitigen Bundesregierung. Die Agenda 2010 griff zu einem bereits vorgelegte Überlegungen auf, etwa im Hinblick auf eine Änderung des institutionellen Regelwerks auf dem Arbeitsmarkt in Anlehnung an die Ergebnisse der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz-Kommission“). Die Agenda 2010 ebnete zum anderen den Weg für mehrere Gesetze zu Reformen am Arbeitsmarkt (darunter „Hartz I – IV“). Das Kernstück dieser Arbeitsmarkt-reformen betrifft in die richtige Richtung gehende Reformen beim System der Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit und hier vor allem die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum Arbeitslosengeld II sowie die seinerzeitige Verkürzung der Bezugsdauer des regulären Arbeitslosengelds. Der Leitgedanke des „Forderns und Förderns“ hielt Einzug, basierend auf der Einsicht, dass das Arbeitslosengeld II

keine Versicherungsleistung darstellt, sondern eine aus Steuermitteln finanzierte Fürsorgeleistung der Gesellschaft, die ihrerseits einen Anspruch auf Gegenleistung seitens der Empfänger des Arbeitslosengelds II besitzt, nämlich in Form einer intensiven Arbeitsplatzsuche und einer Akzeptanz selbst weniger attraktiver Arbeitsplätze.

Die Agenda 2010 gab des Weiteren Anstöße zu weitreichenden Reformen bei der Unternehmensbesteuerung und der Sozialversicherung. Die Unternehmenssteuerreform erhöhte die steuerliche Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland signifikant, wenngleich einige Reformelemente noch korrigiert werden müssen. Bei der Gesetzlichen Rentenversicherung hatte die Umsetzung der Maßnahmen der Agenda 2010 zur Folge, dass der Reformbedarf danach im Wesentlichen abgearbeitet war. Das Gesundheitssystem hingegen stellt nach wie vor eine Großbaustelle dar.

Die Reformen im Fahrwasser der Agenda 2010 lieferten einen wesentlichen Beitrag zum Beschäftigungsaufbau der Jahre 2006 bis 2008, sehr zum Missmut linker politischer Gruppierungen und einschlägiger Sozialfunktionäre. Sie holen zum Gegenschlag aus. Praktisch alles wird jetzt wieder in Frage gestellt, angefangen bei der Neuordnung der Grundversicherung bei Arbeitslosigkeit über die Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung bis hin zur Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer. Die überwunden geglaubten anti-marktwirtschaftlichen Parolen feiern fröhliche Urstände, wobei die Finanz- und Wirtschaftskrise den Populisten wie gerufen kommt, um den Leuten ökonomischen Unsinn schmackhaft zu machen: Rentengarantien, aber keine Rente mit 67; markante Erhöhungen des Regelsatzes beim Arbeitslosengeld II, aber Rücknahme der Einschränkungen; drastischer Anstieg des Spitzensteuersatzes, bei gleichzeitiger Neubelebung der Vermögensteuer; und so weiter.

Wir brauchen eine neue Agenda, welche diesem Treiben ein Ende bereitet und stattdessen den noch bestehenden Reformbedarf erledigt, eine Agenda 2020 oder besser eine Agenda 2015.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhmer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2010